Einwohnergemeinde-Versammlung

Montag, 9. Dezember 2002, 20.00 Uhr
Lorzensaal Cham

Traktanden

1. Genehmigung des Protokolls der Einwohnergemeindeversammlung vom 9. September 2002
2. Finanzpolitische Zielsetzungen des Gemeinderates bis ins Jahr 2010
3. Voranschlag 2003
4. Investitions- und Finanzplan für die Jahre 2003 - 2007
5. Streichung der Vergünstigungen und Beschränkung der kostenlosen Busabonemmente für Schüler/innen
6. Bebauungsplanänderung Rigipark, Grundstücke 81, 82, 2938, 2939 und 2940
7. Konzept und Rahmenkredit für die Siedlungsentwässerung der Gemeinde Cham
8. Motion von Lucia Furrer und Mitunterzeichneten betreffend einer «Ludothek für Cham»
9. Motion der CVP Cham betreffend der Weiternutzung der alten Werkhofscheune
10. Motion von Cham Tourismus zur umgehenden Renovation oder evtl. Umbau von WC und Küchenanlage im Hirsgarten

GEMEINDERAT CHAM

Parteiversammlungen

CVP:	**Dienstag, 3. Dezember 2002, 20.00 Uhr, Lorzensaal**
FDP:	**Donnerstag, 5. Dezember 2002, 20.00 Uhr, Restaurant Kreuz**
Kritisches Forum und SP:	**Dienstag, 26. November 2002, 20.00 Uhr, Lorzensaal**
SVP:	**Donnerstag, 28. November 2002, 19.30 Uhr, Lorzensaal / Rigisaal**

Stimmrecht
An der Gemeindeversammlung sind gemäss § 27 der Kantonsverfassung und § 3 des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen, die in der Gemeinde Cham wohnhaften Schweizer Bürgerinnen und Bürger, die das 18. Altersjahr zurückgelegt haben und nicht wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche (Art. 369 ZGB) entmündigt sind, stimmberechtigt. Das Stimmrecht kann frühestens zehn Tage nach der Hinterlegung des Heimatscheines oder einer gleichbedeutenden Ausweisschrift ausgeübt werden.

GEMEINDERAT CHAM

Traktandum 1 Genehmigung des Protokolls der Einwohnergemeindeversammlung vom 9. September 2002

An der Gemeindeversammlung vom 9. September 2002 im Lorzensaal haben 142 Stimmberechtigte teilgenommen.

1. Das Protokoll vom 24. Juni 2002 wurde ohne Gegenstimme genehmigt.

2. Der Investitions- und Finanzplan für die Jahre 2003 – 2010 wurde der Versammlung in 4 verschiedenen Varianten zur Kenntnis gebracht.

3. Der Baukredit von CHF 180'000.– (inkl. MWSt, zuzüglich einer allfälligen Bauteuerung) für die Sanierung der Mischwasserleitung in der Zugerstrasse, Teilstrecke Knonauerstrasse–Neudorfstrasse, sowie der Leitung in der Johannisstrasse wird zu Lasten der Investitionsrechnung einstimmig genehmigt.

4. Der Baukredit von CHF 480'000.– (inkl. MWSt, zuzüglich einer allfälligen Bauteuerung) für die Trennsystemkanalisation Kanalzone F, Lorzenhof – Fabrikstrasse – Knonauerstrasse – Teuflibach wird zu Lasten der Investitionsrechnung einstimmig genehmigt.

5. Dem Anschaffungskredit für die Neumöblierung im Schulhaus Röhrliberg I von CHF 328'000.– (inkl. MWSt) wird zu Lasten der Investitionsrechnung ohne Gegenstimme zugestimmt.

6. Der Beitrag an die Zugersee Schifffahrtsgesellschaft AG (SGZ) von maximal CHF 130'000.– (inkl. MWSt) für die Beschaffung eines neuen Motorschiffes wird bei einigen Gegenstimmen genehmigt. Dieser Beitrag wird über die laufenden Rechnungen der Jahre 2002 und 2003 bezahlt.

7. Dem neue Abwasserreglement der Einwohnergemeinde Cham wird bei einer Gegenstimme zugestimmt und dieses per 1. Januar 2003 in Kraft gesetzt.

8. Die Motion des Kritischen Forums Cham wird im Sinne der Erwägungen des Gemeinderates als erheblich erklärt. Eine Sozialkommission wird auf die Amtsperiode 2003 – 2006 eingesetzt; die Motion ist damit gleichzeitig abzuschreiben (eine Gegenstimme).

9. Von der mündlichen Beantwortung der Interpellation der Sozialdemokratischen Partei Cham zur Ausrichtung des Jubiläumsbonusses von CHF 650.– an das gesamte Personal wird Kenntnis genommen.

Protokollgenehmigung

1. Das Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung vom 9. September 2002 wurde mit Beschluss des Gemeinderates vom 16. September 2002 genehmigt.

2. Es liegt ab Donnerstag, 28. November 2002 während der ordentlichen Bürozeit im Mandelhof (Gemeinderatskanzlei, Büro 1.11) zur Einsichtnahme auf.

ANTRAG

Das Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung vom 9. September 2002 wird genehmigt.

Traktandum 2 Finanzpolitische Zielsetzungen des Gemeinderates bis ins Jahr 2010

1. Einleitung

Wie an der Gemeindeversammlung vom 9. September 2002 versprochen, legt der Gemeinderat mit dem Voranschlag 2003 einen überarbeiteten und erweiterten Investitions- & Finanzplan bis ins Jahr 2010 vor. Gleichzeitig zeigt er seine finanzpolitischen Zielsetzungen für die gleiche Dauer auf. Mit den erarbeiteten Zielsetzungen will der Gemeinderat eine finanzpolitische Zukunft sichern, die einerseits Entwicklungen zulässt und andererseits finanziell verkraftbar ist. Eine nachhaltige Entwicklung verlangt, dass die gegenwärtige Generation nicht auf Kosten der zukünftigen lebt. Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung sind zwingend auch gesunde Finanzen mit einem flexiblen finanzpolitischen Spielraum zur Erfüllung der gemeindlichen Aufgaben. Die Zusammensetzung der Einnahmen und der Ausgaben, so wie deren Wirkung auf Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt ist für eine erfolgreiche Politik der nachhaltigen Entwicklung von zentraler Bedeutung.

2. Finanzpolitische Zielsetzungen

Der Gemeinderat von Cham hat für den Planungszeitraum bis ins Jahr 2010 die nachstehenden finanzpolitischen Zielsetzungen definiert:

1. Die Pro-Kopf-Verschuldung beträgt im Jahr 2010 max. CHF 2'800.– (netto); bei der Bevölkerungsentwicklung gemäss Finanzplan ergibt dies eine Gesamtverschuldung im Jahr 2010 von max. CHF 40,9 Mio.
2. Das Investitionsvolumen wird jährlich bei CHF 5 Mio. begrenzt.
3. Der Steuerfuss ist konstant zu halten.

3. Kurzinterpretation der Finanzpläne

Bei der Erstellung der Finanzpläne ist der Gemeinderat von folgenden Voraussetzungen ausgegangen:

- Steuerfuss mit 75 Einheiten ab 2003 (Variante B: ab 2007 Steuerfuss mit 82 Steuereinheiten).
- Höhere Steuereinnahmen ab 2009 durch Erschliessung von neuen Gewerbe- & Industriezonen (inkl. Cham-Nord).
- Begrenzung der jährlichen Investitionen bei CHF 5 Mio.
- Ausgeglichenes Rechnungsergebnis 2003 (durch den Landverkauf kann ein Überschuss von CHF 241'000.– realisiert werden).
- Wegfall der ausserordentlichen Erträge aus Landverkäufen ab 2005.
- Reduktion des Finanzausgleichs bedingt durch das neue Finanzausgleichsgesetz des Bundes ab 2007 (Variante B: Finanzausgleich ab 2007 unverändert, jedoch wurden die Lohnsubventionen der Lehrpersonen um ca. 50 % gekürzt).
- Beibehaltung der Konzessionsgebühren.
- Jährliche Überarbeitung gemäss Zielsetzung.
- Tiefere Zuwachsraten bei der Variante B.

Unter Berücksichtigung dieser Voraussetzungen ergibt sich der nachstehende durchschnittliche Finanzierungsfehlbetrag für die Jahre

2003 – 2010: Ø CHF 3,07 Mio. pro Jahr
(kumulierter Nettoschuldenzuwachs CHF 24,6 Mio.)

Ziel des Gemeinderates ist es, durch geeignete Massnahmen dafür zu sorgen, dass die vorgegebene Netto-Höchstverschuldung von CHF 2'800.– pro Einwohner/in bis ins Jahr 2010 nicht überschritten wird.

4. Finanzpolitische Instrumente

Im Durchschnitt muss über den Zeitraum von 2003 bis 2010 ein jährlicher Cashflow von mindestens CHF 3,3 Mio. erzielt werden. Die Gemeinde Cham hat nachstehende Möglichkeiten, den geforderten durchschnittlichen Cashflow zu erreichen:

- Reduktion des Aufwands
- Reduktion der Investitionen
- zeitliche Staffelung der Investitionen
- Erhöhung der Einnahmen
- Erhöhung der Steuereinnahmen (*)
- zusätzliche ausserordentliche Erträge durch Landverkäufe

Ausgeglichene Rechnungsergebnisse sind das Ziel des Gemeinderates.

(*) Eine Erhöhung des Steuersatzes ist nur in ausserordentlichen Fällen vorgesehen (gem. 4.4.).

Falls ein jährlicher Cashflow von über CHF 3,3 Mio. erreicht wird, kann der Mehrertrag für neue, zwin-

gende Investitionen oder für Investitionen, die bereits im Investitionsplan enthalten sind, verwendet werden.

4.1. Reduktion Aufwand

Wie kann der Aufwand reduziert werden?

- Ständige Überprüfung aller Dienstleistungen auf deren Notwendigkeit.
- Rationalisierungsmassnahmen
- Auslagerungsmöglichkeiten prüfen (Kostenvergleiche).
- Kantonale Vorgaben hinterfragen und wenn notwendig gesetzliche Änderungen anstreben.
- Aufgabenteilung Bund / Kantone / Gemeinden überprüfen und allenfalls Änderungen anstreben.
- Zentralisierung von Dienstleistungen (Kanton/Gemeinden, Gemeinden/Gemeinden).

4.2. Reduktion der Investitionen

Mit dem reduzierten Investitionsvolumen können zusätzlich Kosten gespart werden:

- Personalkosten (Bearbeitung der Projekte, Unterhalt, Verwaltung, Administration etc.)
- Planungskosten
- Gutachten
- Betriebs- & Unterhaltskosten
- Zinskosten
- Abschreibungen (10 % p. Jahr, auf Restwert)

4.3. Erhöhung der Einnahmen

- Tarife generell überprüfen.
- Kostendeckungsgrad von Dienstleistungen berechnen, analysieren und anpassen.
- Subventionswesen überprüfen (nicht auf Grund von erhaltenen Subventionen weitere Kosten auslösen).
- Infrastrukturkosten analysieren (allenfalls mögliche Subventionierung prüfen).
- Planungsgewinn für die Gemeinde durch die Revision der Ortsplanung anstreben.

4.4. Erhöhung der Steuern

Der Gemeinderat hält an seiner Zielsetzung bezüglich eines konstanten Steuersatzes fest. Es gilt der Grundsatz, die heutige Differenz zu den anderen Zuger Gemeinden mit einem tieferen Steuersatz nicht grösser werden zu lassen. Bei einer Steuererhöhung der betreffenden Gemeinden muss unser Steuerfuss genau analysiert werden. Gesetzlich vorgeschriebene Steuersatzsenkungen sollen realisiert werden. Aufwandsteigerungen, die durch Zusatzaufgaben des Kantons verursacht werden, dürfen nicht durch Steuererhöhungen kompensiert werden. Mehreinnahmen müssen strukturell bedingt sein, das heisst in erster Linie durch Erschliessung von weiteren Gewerbe- und Industrieflächen. Cham hat im Kantonsvergleich einen viel zu tiefen Pro-Kopf-Steuerertrag. Eine Verbesserung kann nur mit einer Erhöhung der Steuereinnahmen von juristischen Personen erreicht werden. Dazu brauchen wir eine sinnvolle Zonenplanung und eine entsprechende Respektierung der Gemeindeautonomie durch den Kanton in der Ortsplanung.

5. Finanzstrategie des Kantons Zug

Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Ausgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) wird sich frühestens ab 2007 auf den Finanzhaushalt des Kantons Zug auswirken. Der geplante Finanzausgleich wird den Kanton Zug nach heutigen Berechnungen mit ca. CHF 110 Mio. belasten. Dazu kommen noch rund CHF 5 Mio. (netto) für den interkantonalen Lastenausgleich. Der Kanton sieht vor, dass ca. 50 % der entsprechenden Mehrbelastungen von den Gemeinden getragen werden müssen (analog der Aufteilung der Steuererträge). Je nach Art der Verteilung können sich die Belastungen für die einzelnen Gemeinden sehr unterschiedlich auswirken. Eine mögliche Variante ist z. B. die Kürzung der Lohnsubventionen der Lehrer/innen. Diese Variante würde unsere Gemeinde mit einem verhältnismässig hohen Anteil von Schülerinnen und Schülern ungleich mehr belasten als z. B. die Stadt Zug.

Die heutigen Analysen des Finanzszenariums des Kantons Zug zeigen auf, dass die laufende Rechnung bereits ab dem Jahr 2010 in ein Defizit von über CHF 130 Mio. kippen wird. Der Cashflow wird ca. CHF 40 Mio. negativ und das Eigenkapital sich auf etwa CHF 250 Mio. minus entwickeln. Selbstverständlich werden nun Einsparungsmöglichkeiten geprüft und in Zukunft auch realisiert werden. Geplant ist ausserdem eine Plafonierung der Investitionsausgaben. Steuersatzerhöhungen sollen nur in Betracht gezogen werden, wenn die übrigen Massnahmen nicht genügen.

Der bisherige kantonale, horizontale Finanzausgleich (Steuerausgleich) soll neu und gezielter definiert werden und den vertikalen Finanzausgleich (Ressourcenausgleich) weitgehend ersetzen. Diese

Umstellung bringt dem Kanton eine zentrale Entlastungsmöglichkeit. Damit werden aber die Gemeinden in Zukunft besonders stark gefordert.

6. Schlussfolgerung

Es ist klar, dass die nötigen Abklärungen und entsprechenden Änderungen nicht bereits über den ganzen Zeithorizont des vorliegenden Finanzplans realisiert werden konnten. Es handelt sich um eine rollende Finanzplanung, d. h. dass diese Jahr für Jahr angepasst wird (auch an veränderte Bedingungen). Der Finanzplan zeigt auf, dass Taten nötig sind und die Realität nicht mit kosmetischen Eingriffen verändert werden kann.

Der Gemeinderat hat zu Handen der Finanzchefkonferenz entsprechende Impulse gegeben und ist auf ein gutes Echo gestossen, da es sich nicht nur um ein Chamer Problem handelt. Das entsprechende Gremium ist bereits daran, diese Problematik aktiv zu behandeln.

Der Gemeinderat und die Verwaltung werden alles daran setzen müssen, um die gesteckten Ziele zu erreichen. Diese Vorgabe gilt auch dann, wenn sich die finanzielle Situation (Konjunktur, Rahmenbedingungen) wesentlich verbessern sollte. Nach wie vor gilt, dass wir nicht noch mehr Schulden machen, sondern Schulden abbauen wollen. Mithelfen müssen auch die kantonalen Politiker/innen sowie die Parteien. Ein aktiver, persönlicher Einsatz im Zusammenhang mit der Richt- & Zonenplanung ist dem Gemeinderat sehr wichtig. Neue Gesetze sollen Entlastungen, nicht Mehrbelastungen bringen (speziell auch organisatorisch). Gesetze sollen einfach und mit möglichst wenig Aufwand realisierbar und finanzierbar sein und keine unverhältnismässige Bürokratie aufbauen. Auch zu Dienstleistungen im Schul- und Sozialbereich dürfen vermehrt Fragen gestellt werden. Zudem spielen die Wünsche der Bevölkerung bei der Finanzplanung eine wichtige Rolle. Künftige Anliegen sollen mit dem Finanzplan abgestimmt werden. Ein allfälliger Rechnungsüberschuss 2002 wird vollumfänglich zu Gunsten des «Freien Gemeindevermögens» verbucht.

Es muss in Zukunft von einer globalen Finanzordnung auf eine gezielte Betrachtungsweise umgestellt werden, die auf die unterschiedlichen Bedingungen und Situationen der einzelnen Gemeinden im Kanton Zug Rücksicht nimmt. Dies gilt insbesondere auch für die Ausgangslage der Gemeinde Cham, mit ihren natürlich gewachsenen, gesellschaftspolitischen Strukturen und den räumlichen Entwicklungsmöglichkeiten. Im Zusammenhang mit den neuen zu bearbeitenden Gesetzen zum Finanzausgleich und der Finanzordnung sowie der Aufgabenteilung müssen die Finanzstrategien des Kantons und der Gemeinden gemeinsam analysiert und erarbeitet werden. Dabei ist zu beachten, dass mit der Aufgabenteilung auch Fachwissen umverteilt werden muss.

Für die Bevölkerung wird mit den oben beschriebenen Instrumenten Transparenz geschaffen. Es wird aufgezeigt, welche Auswirkungen entstehen, wenn mehr Leistungen gefordert werden.

Abschliessend hält der Gemeinderat zusammenfassend die finanzpolitischen Ziele wie folgt fest:

a) Die Nettoverschuldung pro Kopf darf bis im Jahr 2010 CHF 2'800.- nicht überschreiten.
b) Die Investitionen werden bis zum Jahr 2010 bei jährlich CHF 5 Mio. begrenzt.
c) Die gesetzlich vorgegebenen Steuersatzsenkungen werden vollzogen.
d) Die Betrachtungsweise der Finanzstrategie der Gemeinde Cham muss in die zukünftige Strategie des Kantons einfliessen (Finanzordnung / Aufgabenteilung).

Die Gemeinde Cham will mit einer längerfristigen Finanzpolitik eine möglichst grosse Unabhängigkeit von den kantonalen Finanzströmen erlangen und ihren Beitrag an die Gesamtentwicklung des Kantons leisten. Wir sind überzeugt, dass unsere Gemeinde auf Grund der bisherigen und zukünftigen Strategie den Steuerfuss in Zukunft attraktiv gestalten kann.

7. ANTRAG

Vom vorliegenden Bericht und den Schlussfolgerungen wird zustimmend Kenntnis genommen.

VORANSCHLAG 2003 **Finanzplan 2004 - 2010** **Finanzausgleich ab 2007 angepasst**

Beträge in tausend Franken

Variante A

	Rechnung					Voranschlag		Finanzplan						
Text/Jahr	**1997**	**1998**	**1999**	**2000**	**2001**	**2002**	**2003**	**2004**	**2005**	**2006**	**2007**	**2008**	**2009**	**2010**
Steuereinheiten	**84**	**84**	**84**	**84**	**79**	**76**	**75**	**75**	**75**	**75**	**75**	**75**	**75**	**75**
Einwohner	**12'641**	**12'823**	**13'000**	**13'216**	**13'287**	**13'600**	**13'550**	**13'700**	**13'850**	**14'000**	**14'150**	**14'300**	**14'450**	**14'600**
ERTRAG														
Gemeindesteuern	**25'955**	**28'705**	**30'627**	**29'911**	**28'685**	**28'345**	**27'095**	**28'491**	**29'955**	**31'490**	**33'578**	**35'801**	**38'347**	**41'069**
Grundstückgewinn- & übrige Steuern	**1'585**	**1'890**	**2'571**	**2'183**	**2'536**	**1'603**	**1'470**	**1'200**	**1'200**	**1'200**	**1'200**	**1'200**	**1'200**	**1'200**
Finanzausgleich	**7'519**	**7'474**	**5'527**	**7'549**	**8'315**	**7'500**	**9'000**	**8'500**	**8'000**	**8'000**	**6'500**	**6'500**	**6'500**	**6'500**
Konzessionsgebühren	**1'363**	**1'421**	**1'460**	**1'481**	**1'085**	**1'004**	**1'004**	**1'000**	**1'000**	**1'000**	**1'000**	**1'000**	**1'000**	**1'000**
Land- /Liegensch'verkäufe	**0**	**0**	**0**	**331**	**153**	**1'700**	**1'500**	**1'500**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Auflös. Rückstellungen	**7'600**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Total Ertrag	**44'022**	**39'490**	**40'185**	**41'455**	**40'774**	**40'152**	**40'069**	**40'691**	**40'155**	**41'690**	**42'278**	**44'501**	**47'047**	**49'769**
AUFWAND														
Verwaltungs-/Personalabt.	**1'139**	**1'129**	**1'248**	**1'237**	**1'294**	**1'599**	**1'582**	**1'539**	**1'577**	**1'617**	**1'657**	**1'699**	**1'741**	**1'785**
Finanzaufwand														
Allgemein	**2'679**	**3'039**	**3'092**	**3'223**	**3'360**	**3'834**	**3'675**	**3'767**	**3'861**	**3'958**	**4'057**	**4'158**	**4'262**	**4'368**
Zinsen	**2'695**	**2'841**	**2'724**	**2'206**	**2'106**	**2'154**	**1'751**	**1'890**	**2'020**	**2'240**	**2'490**	**2'720**	**2'930**	**3'150**
Abschreibungen	**13'874**	**7'530**	**5'756**	**5'660**	**5'005**	**4'396**	**4'018**	**4'359**	**4'423**	**4'481**	**4'533**	**4'579**	**4'622**	**4'659**
Schulabteilung	**12'615**	**11'074**	**11'838**	**12'512**	**13'589**	**14'264**	**14'839**	**15'607**	**16'384**	**17'107**	**17'856**	**18'631**	**19'433**	**20'263**
Bauabt. (exkl.Tiefbau)	**3'699**	**3'878**	**3'803**	**3'501**	**4'521**	**4'882**	**4'293**	**4'420**	**4'658**	**4'839**	**5'105**	**5'233**	**5'384**	**5'518**
Sozial- & Gesundheitswes.	**2'301**	**4'331**	**4'298**	**4'145**	**3'931**	**4'491**	**4'837**	**5'162**	**5'496**	**5'759**	**6'029**	**6'306**	**6'590**	**6'881**
Volkswirtschaftsamt	**708**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Sicherheit/Verkehr/Tiefbau	**2'573**	**4'065**	**4'207**	**4'576**	**4'437**	**4'475**	**4'833**	**4'906**	**4'979**	**5'054**	**5'130**	**5'207**	**5'285**	**5'364**
Wehrabteilung	**443**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Total Aufwand	**42'726**	**37'887**	**36'966**	**37'060**	**38'243**	**40'095**	**39'828**	**41'651**	**43'399**	**45'055**	**46'857**	**48'532**	**50'247**	**51'989**
ERGEBNIS	**1'296**	**1'603**	**3'219**	**4'395**	**2'531**	**57**	**241**	**-960**	**-3'244**	**-3'365**	**-4'579**	**-4'032**	**-3'200**	**-2'219**
Eigenfinanzierungs-grad in %	**54**	**77**	**237**	**311**	**546**	**110**	**88**	**71**	**26**	**25**	**2**	**14**	**31**	**52**
Finanzrechnung: Nettoergebnis						**57**	**241**	**-960**	**-3'244**	**-3'365**	**-4'579**	**-4'032**	**-3'200**	**-2'219**
Abschreib. Finanzabteilung						**4'396**	**4'018**	**4'359**	**4'423**	**4'481**	**4'533**	**4'579**	**4'622**	**4'659**
Abschreibungen Abwasser						**0**	**137**	**137**	**137**	**137**	**137**	**137**	**137**	**137**
Cash Flow						**4'453**	**4'396**	**3'536**	**1'316**	**1'253**	**91**	**684**	**1'559**	**2'577**
Tot. Investit.						**4'039**	**5'000**	**5'000**	**5'000**	**5'000**	**5'000**	**5'000**	**5'000**	**5'000**
Finanzierungs-fehlbetrag (-) / -überschuss						**414**	**-604**	**-1'464**	**-3'684**	**-3'747**	**-4'909**	**-4'316**	**-3'441**	**-2'423**

Zuwachsraten: (ohne a.o. Verä nd.)

Gemeindesteuern: ab 2003 = + 4,0 % (+Änderung Einwohner), ab 2007 = + 5,5 %, ab 2009 = + 6,0% (Erweiterung Industrie-/Gewerbe-zone, inkl. Cham-Nord)

Konzessionsgebühren: Variante ohne geplante Abschaffung

Sozial- & Gesundheitswesen: ab 2003 = + 2,6%

Schulabteilung: ab 2003 = + 3.5 %

Sicherh./Verk.: ab 2003 = + 1,5%

Bauabteilung: ab 2003 = + 2,5 %

übrige: ab 2003 = + 2,5%

VORANSCHLAG 2003 **Finanzplan 2004 - 2010**
Beträge in tausend Franken

Finanzausgleich unverändert, inkl. Beitrag NFA (reduzierte Lehrerlohn-Subv.), Steuersatzerhöhungen ab 2007, T. tiefere Zuwachsraten.

Variante B

	Rechnung					Voranschlag		Finanzplan						
Text/Jahr	**1997**	**1998**	**1999**	**2000**	**2001**	**2002**	**2003**	**2004**	**2005**	**2006**	**2007**	**2008**	**2009**	**2010**
Steuereinheiten	84	84	84	84	79	76	75	75	75	75	82	82	82	82
Einwohner	12'641	12'823	13'000	13'216	13'287	13'600	13'550	13'700	13'850	14'000	14'150	14'300	14'450	14'600
ERTRAG														
Gemeindesteuern	25'955	28'705	30'627	29'911	28'685	28'345	27'095	28'491	29'955	31'490	36'712	39'142	41'926	44'903
Grundstückgewinn- & übrige Steuern	1'585	1'890	2'571	2'183	2'536	1'603	1'470	1'200	1'200	1'200	1'200	1'200	1'200	1'200
Finanzausgleich	7'519	7'474	5'527	7'549	8'315	7'500	9'000	8'500	8'000	8'000	8'000	8'000	8'000	8'000
Konzessionsgebühren	1'363	1'421	1'460	1'481	1'085	1'004	1'004	1'000	1'000	1'000	1'000	1'000	1'000	1'000
Land- /Liegensch`verkäufe	0	0	0	331	153	1'700	1'500	1'500	0	0	0	0	0	0
Auflös. Rückstellungen	7'600	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Total Ertrag	44'022	39'490	40'185	41'455	40'774	40'152	40'069	40'691	40'155	41'690	46'912	49'342	52'126	55'103
AUFWAND														
Verwaltungs-/Personalabt.	1'139	1'129	1'248	1'237	1'294	1'599	1'582	1'539	1'577	1'617	1'649	1'682	1'716	1'750
Finanzaufwand														
Allgemein	2'679	3'039	3'092	3'223	3'360	3'834	3'675	3'767	3'861	3'958	4'037	4'117	4'200	4'284
Zinsen	2'695	2'841	2'724	2'206	2'106	2'154	1'751	1'870	2'000	2'220	2'470	2'700	2'910	3'130
Abschreibungen	13'874	7'530	5'756	5'660	5'005	4'396	4'018	4'359	4'423	4'481	4'533	4'579	4'622	4'659
Schulabteilung	12'615	11'074	11'838	12'512	13'589	14'264	14'839	15'607	16'384	17'107	23'170	23'915	24'683	25'474
Bauabt. (exkl.Tiefbau)	3'699	3'878	3'803	3'501	4'521	4'882	4'293	4'420	4'658	4'839	5'081	5'183	5'306	5'413
Sozial- & Gesundheitswes.	2'301	4'331	4'298	4'145	3'931	4'491	4'837	5'162	5'496	5'759	6'012	6'270	6'534	6'805
Volkswirtschaftsamt	708	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Sicherheit/Verkehr/Tiefbau	2'573	4'065	4'207	4'576	4'437	4'475	4'833	4'906	4'979	5'054	5'105	5'156	5'207	5'259
Wehrabteilung	443	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Total Aufwand	42'726	37'887	36'966	37'060	38'243	40'095	39'828	41'631	43'379	45'035	52'057	53'603	55'179	56'774
ERGEBNIS	1'296	1'603	3'219	4'395	2'531	57	241	-940	-3'224	-3'345	-5'145	-4'261	-3'053	-1'671
Eigenfinanzierungs-grad in %	54	77	237	311	546	110	88	71	27	25	-9	9	34	62

Finanzrechnung:										
	Nettoergebnis	57	241	-940	-3'224	-3'345	-5'145	-4'261	-3'053	-1'671
	Abschreib. Finanzabteilung	4'396	4'018	4'359	4'423	4'481	4'533	4'579	4'622	4'659
	Abschreibungen Abwasser	0	137	137	137	137	137	137	137	137
	Cash Flow	4'453	4'396	3'556	1'336	1'273	-475	455	1'706	3'125
	Tot. Investit.	4'039	5'000	5'000	5'000	5'000	5'000	5'000	5'000	5'000
	Finanzierungs-fehlbetrag (-) / -überschuss	414	-604	-1'444	-3'664	-3'727	-5'475	-4'545	-3'294	-1'875

Zuwachsraten: (ohne a.o. Veränd.)

Gemeindesteuern: ab 2003 = + 4,0 % (+Änderung Einwohner), ab 2007 = + 5,5 %, ab 2009 = + 6,0% (Erweiterung Industrie-/Gewerbe-zone, inkl. Cham-Nord), ab 2007 Erhöhung auf 82 Steuereinheiten

Konzessionsgebühren: Variante ohne geplante Abschaffung

Sozial- & Gesundheitswesen: ab 2003 + 2,3%, ab 2007 + 2,3%

Schulabt.: ab 2003 + 3.5 %, ab 2007 + 3%

Sicherh./Verk.: ab 2003 + 1,5%, ab 2007 +1%

Bauabteilung: ab 2003 + 2,5 %, ab 2007 + 2%

übrige: ab 2003 = + 2,5%, ab 2007 + 2%

Traktandum 3 Voranschlag 2003

Traktandum 4 Investitions- und Finanzplan für die Jahre 2004 – 2007

Traktandum 5 Streichung der Vergünstigungen und Beschränkung der kostenlosen Busabonnemente für Schüler/innen

1. Ausgangslage

Gemäss Beschluss der Gemeindeversammlung vom 25. Juni 1990 bzw. 27. Januar 1997 erhalten Schüler/innen einen vergünstigten, in speziellen Fällen einen kostenlosen Bus-Pass. Diese Vergünstigungen wurden zur Förderung des öffentlichen Verkehrs und zur Unterstützung jener Kinder (Kleinklassenschüler/innen, Kinder aus Aussengebieten), die den Unterricht nicht im nächstgelegenen Schulhaus besuchen können, eingeführt. Die Ausgaben für diese Busabonnemente belaufen sich jährlich auf rund CHF 35'000.–.

2. Grundlagen

Die Vergünstigung der Busabonnemente für Schüler/innen ist ein freiwilliges Angebot der Gemeinde. Der Schulweg und ebenso allfällige Reisekosten sind jedoch gemäss Schulgesetz Sache der Eltern. In den vergangenen Jahren hat die Gemeinde Cham sehr viel zur Förderung des öffentlichen Verkehrs unternommen. So wurde beispielsweise das Ortsbusangebot massiv ausgebaut. Gleichzeitig bietet die Schule ein verbessertes Betreuungsangebot an den Randzeiten an (Bibliothek, Hausaufgabenbetreuung). Der administrative Aufwand für den Verkauf und die Bereitstellung dieser Busabonnemente durch die Schuladministration ist ausserordentlich hoch und steht in keinem Verhältnis zu den angebotenen Vergünstigungen.

3. Massnahmen

Auf Grund der in letzter Zeit zusätzlich geschaffenen Angebote sowie der Finanzlage der Gemeinde Cham sollen Busabonnemente nur noch denjenigen Schülerinnen und Schülern vergütet werden, die eine Kleinklasse ausserhalb ihres Schulkreises besuchen müssen. Diese Vergünstigung gilt während der obligatorischen Schulzeit (9 Schuljahre).

ANTRÄGE

1. **Der Beitrag an vergünstigte Busabonnemente für Schüler/innen wird nicht mehr ins Budget aufgenommen.**
2. **Schülerinnen und Schülern, die eine Kleinklasse ausserhalb ihres angestammten Schulkreises besuchen müssen, wird der Buspass vergütet. Dazu wird im Budget 2003 ein Betrag von CHF 6'500.– aufgenommen.**

Traktandum 6 Bebauungsplanänderung Rigipark, Grundstücke 81, 82, 2938, 2939 und 2940

1. Ausgangslage

Über die Grundstücke 81, 82, 2938, 2939, 2940 sowie 623 und 1131 hat der Regierungsrat am 28. März 1994 den Bebauungsplan Rigipark der Gebrüder Käppeli AG genehmigt. Im Jahr 2000 wurde der Bebauungsplanteil nördlich der Luzernerstrasse (Grundstücke 623 und 1131) im Vereinfachten Verfahren überarbeitet und durch den Regierungsrat am 16. Juni 2000 genehmigt.
Weil der bestehende Bebauungsplanteil südlich der Luzernerstrasse städtebaulich und architektonisch nicht zu überzeugen vermochte, wurde in enger Zusammenarbeit mit dem Grundeigentümer von GS 2940 und der kantonalen Denkmalpflege auch der östliche Teil überarbeitet. Die Änderung besteht für GS 2940 im städtebaulichen Verhalten, zudem wird bei den Grundstücken mit den Kolonialstilhäusern der effektive Zustand dargestellt. Die Nutzungsdichte für GS 2940 entspricht derjenigen des heute rechtsgültigen Bebauungsplans. Gegenüber dem rechtsgültigen Bebauungsplan (1 Sockelgeschoss, 3 Vollgeschosse, 1 Dachgeschoss) soll die Nutzfläche auf ein Sockelgeschoss und sechs Vollgeschosse angeordnet werden, dafür reduziert sich entsprechend die überbaute Grundfläche. Dieses bewusste Abweichen in der Höhe erhöht die räumliche Durchsicht der angrenzenden Liegenschaften. Zur Zeit wird GS 2940 als Parkierungsfläche genutzt.

2. Bebauungsplanänderung

Mit dem vorliegenden Bebauungsplan wird eine sehr hohe Qualität in Bezug auf die städtebauliche und architektonische Gestaltung und Materialisierung angestrebt. Es ist eine feingliedrige Gestaltung der Fassade ohne auskragende Bauteile wie Balkone, Erker etc. zu erstellen. Nicht eine städtebauliche Repetition, sondern eine eigenständige Volumetrik gegenüber den Kolonialstilhäusern wird angestrebt. Dadurch bekommen die historischen Bauten den nötigen Freiraum.
So erhalten einerseits die Kolonialstilhäuser ihre Eigenständigkeit und andererseits die umliegenden Liegenschaften erhöhte Querbeziehungen (Durchblicke). Durch die Verlagerung der anrechenbaren Geschossfläche auf zusätzliche Geschosse und der Platzierung der Tiefgaragenrampe in den eingeschossigen Baukörper, ergibt sich mit den Kolonialstilhäusern eine grössere zusammenhängende Grünfläche. Gleichzeitig kann, dank der Anordnung der Rampe für die Parkierung in einem Nebengebäude, die südliche Vorzone verbessert und wie bei den Kolonialstilhäusern grosszügig ausgebildet werden. Der Bebauungsplan ist bewusst sehr schematisch ausformuliert, damit für die anstehenden Bearbeitungsphasen der notwendige Spielraum besteht.
Die anrechenbare Geschossfläche für Grundstück 2940 beträgt 1'930 m^2, dies entspricht dem Mass des heute rechtsgültigen Bebauungsplans. Die Parkplätze für GS 2940 sind in einer Unterniveaugarage angeordnet, die Parkierung für die Kolonialstilhäuser ist in den bestehenden Carports sichergestellt. Die genaue Nutzung und die Anzahl Parkplätze sind gemäss Bauordnung respektive Parkplatzreglement definiert und werden im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens geregelt. Ebenfalls im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens soll die Umgebungsgestaltung auf GS 85 (SBB) zwischen GS 2940 und 84 geklärt und neu konzipiert werden.
Der Gemeinderat ist überzeugt, mit der vorliegenden Bebauungsplanänderung Rigipark eine Verbesserung zu erzielen und eine gute Grundlage für die Weiterentwicklung von Cham zu schaffen.

3. Vorprüfung

Der Gemeinderat hat den Bebauungsplan am 3. Juni 2002 der Baudirektion des Kantons Zug zur Vorprüfung zugesandt. Mit Schreiben vom 25. Juli 2002 wurde uns der positive Vorprüfungsbericht zugestellt. Die Baudirektion unterstützt die beantragte Änderung des Bebauungsplanes. Aufgrund der Vorprüfung wurde die Baulinie, entsprechend dem rechtskräftigen Stand, zeichnerisch korrigiert.

4. Öffentliche Auflage / Einwendungen

Gemäss Planungs- und Baugesetz wurde die Änderung des Bebauungsplanes vom 16. August bis 14. September 2002 öffentlich aufgelegt. Die folgenden vier Personen / Parteien haben je eine Einwendung eingereicht: Toni Käppeli, Cham; Tännler Steinmann & Junas im Auftrag von Herr und Frau Voraus, Cham; Fritz Burkard, Cham; Beatrix Degrandi, Cham. Aufgrund der durchgeführten Gespräche haben Toni Käppeli, Cham, sowie Tännler Steinmann & Junas die Einwendungen schriftlich zurückgezogen. Somit sind die beiden folgenden Einwendungen zu behandeln.

Einwendung Fritz Burkard

- Die Erhöhung des Gebäudes um zwei Stockwerke passt nicht in die Umgebung, da diese weit überragt wird und einen wesentlichen Unterschied zu den umliegenden Gebäuden darstellt. Dies würde einem «Turm zu Cham» gleichkommen und das passt nicht in dieses Gebiet.
- Mit der Änderung hebt sich das zu bauende Gebäude sehr stark von den bestehenden Überbauungen ab.
- Die Änderung hebt sich drastisch von der ursprünglichen Planung ab und übertrifft diese in unakzeptablem Masse.
- Durch diese Änderung werden die Interessen der Nachbarschaft wesentlich eingeschränkt.
- Die umliegenden Ein- und Zweifamilienhäuser werden durch diese Veränderung erdrückt und das Wohnklima nimmt stark ab.

Stellungnahme Gemeinderat:
Die neue Lösung hebt sich im städtebaulichen Verhalten bewusst und konsequent ab. Die vorgeschlagene Volumetrik (mehr Geschosse, weniger Gebäudegrundfläche) ergibt gesamthaft Verbesserungen für das ganze Gebiet. Für die Nachbarschaft entstehen somit erhöhte Durchblicke. Der Vorschlag bringt gesamthaft keine Verschlechterung des Wohnklimas. Die Nutzfläche bleibt gegenüber dem bestehenden Bebauungsplan unverändert.

Einwendung Beatrix Degrandi
Antrag: Der bestehende Bebauungsplan soll nicht wie vorgesehen geändert werden, sondern der alte Bebauungsplan soll weiterhin gelten.

Begründung:

- Die geplante Neuanordnung der Baumassen auf dem Grundstück 2940 bringt mit sich, dass ein Gebäude erstellt werden kann, welches das Einzige in dieser immensen Höhe (7 Stockwerke) in der Kernzone wäre.
- Eine Angleichung der Stile wäre, wie im bestehenden Bebauungsplan vorgesehen, für den ganzen «Gürtel» (Kolonialstilhäuser, Rigipark, Riegelhaus) wesentlich schöner.
- Die nachbarlichen Interessen werden wesentlich beeinträchtigt, was im Falle einer reglementgemässen Bauweise nicht der Fall wäre.

Im Weiteren wird erwähnt:

- Wie mitgeteilt wurde, geschieht diese Neuanordnung vor allem aus Rücksichtnahme der unter Denkmalschutz stehenden Kolonialstilhäuser. Es mutet eigenartig an, dass nur auf diese Häuser und nicht auf die ganze Umgebung Rücksicht genommen wird. Ich glaube kaum, dass Cham mit einer solchen städtebaulichen Akzentsetzung (wie der neugeplante «Koloss») zufrieden sein wird.
- Die Beurteilung des Strassen- bzw. Bahnlärms wurden meines Wissens nicht gemacht. Ich möchte auf keinen Fall, dass sich die Emmissionswerte durch die allfällige Realisierung des geplanten Bebauungsplans verschlechtern.
- Eine Festsetzung der genauen Baulinien im Bebauungsplan würde u.U. den «Koloss» leichter erscheinen lassen und somit vielleicht mehr Zustimmung finden.
- Die geplante Neuanordnung der Baumassen auf dem Grundstück Nr. 2940 rechnet mit einer ungefähren lichten Höhe von ca. 2,44 m; gesetzlich würden 2,30 m genügen.

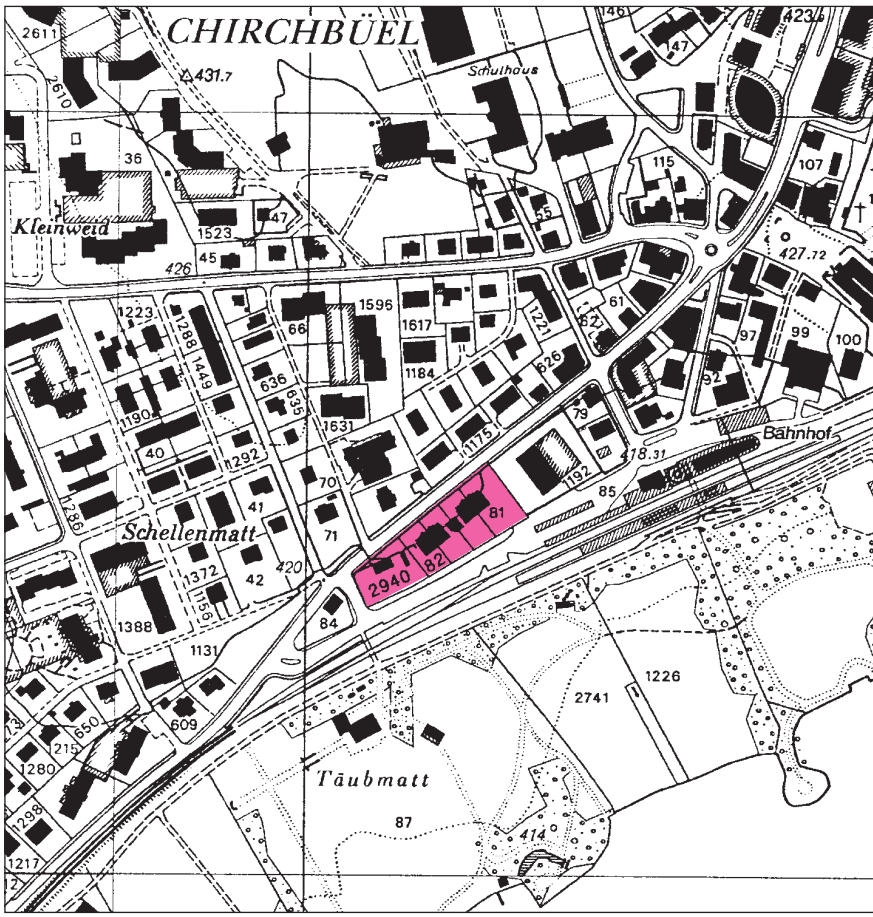
Stellungnahme Gemeinderat:
Baurechtlich umfasst das Neubauvolumen 2 Untergeschosse und 6 Vollgeschosse, dabei ist die Gebäudehöhe auf 437.80 müM limitiert. Diese Höhe ist um rund 2 Meter höher als das Gebäude an der Luzernerstrasse 25 und 27. Der bestehende Bebauungsplan im Bereich von GS 2940 beinhaltet ebenfalls ein grösseres Volumen im Vergleich zu den Kolonialstilhäusern. Zudem sind Fassade, Grundrisse und Schnitte im rechtskräftigen Bebauungsplan definiert, was die Flexibilität komplett beschränkt. Mittels Bebauungsplan kann von der Grundordnung abgewichen werden. Die vorgeschlagene Mehrhöhe ergibt im Bereich der Transparenz markante Vorteile. Die nachbarlichen Interessen werden mit der Vorlage gebührend berücksichtigt.
Der Gemeinderat kann sich der Bezeichnung 'Koloss' nicht anschliessen, ist jedoch der Ansicht, dass bei der Weiterbearbeitung des Projektes sehr hohe Anforderungen gelten. Entsprechend ist dies auch als Ziel im Bebauungsplan festgehalten.
Ein Grobgutachten in Bezug auf die gesamte Lärmsituation liegt vor. Gegenüber dem bestehenden Bebauungsplan weist die beantragte Änderung keine Nachteile auf. Die bestehende Baulinie entlang der Luzernerstrasse bleibt unverändert bestehen.
Aufgrund der Koten liegt die durchschnittliche Stockwerkshöhe (oK – oK) bei 2.82 m. Dieses Mass entspricht einem üblichen Mass, da insbesondere eine Überhöhung des Sockelgeschosses sinnvoll erscheint.

5. Zusammenfassung

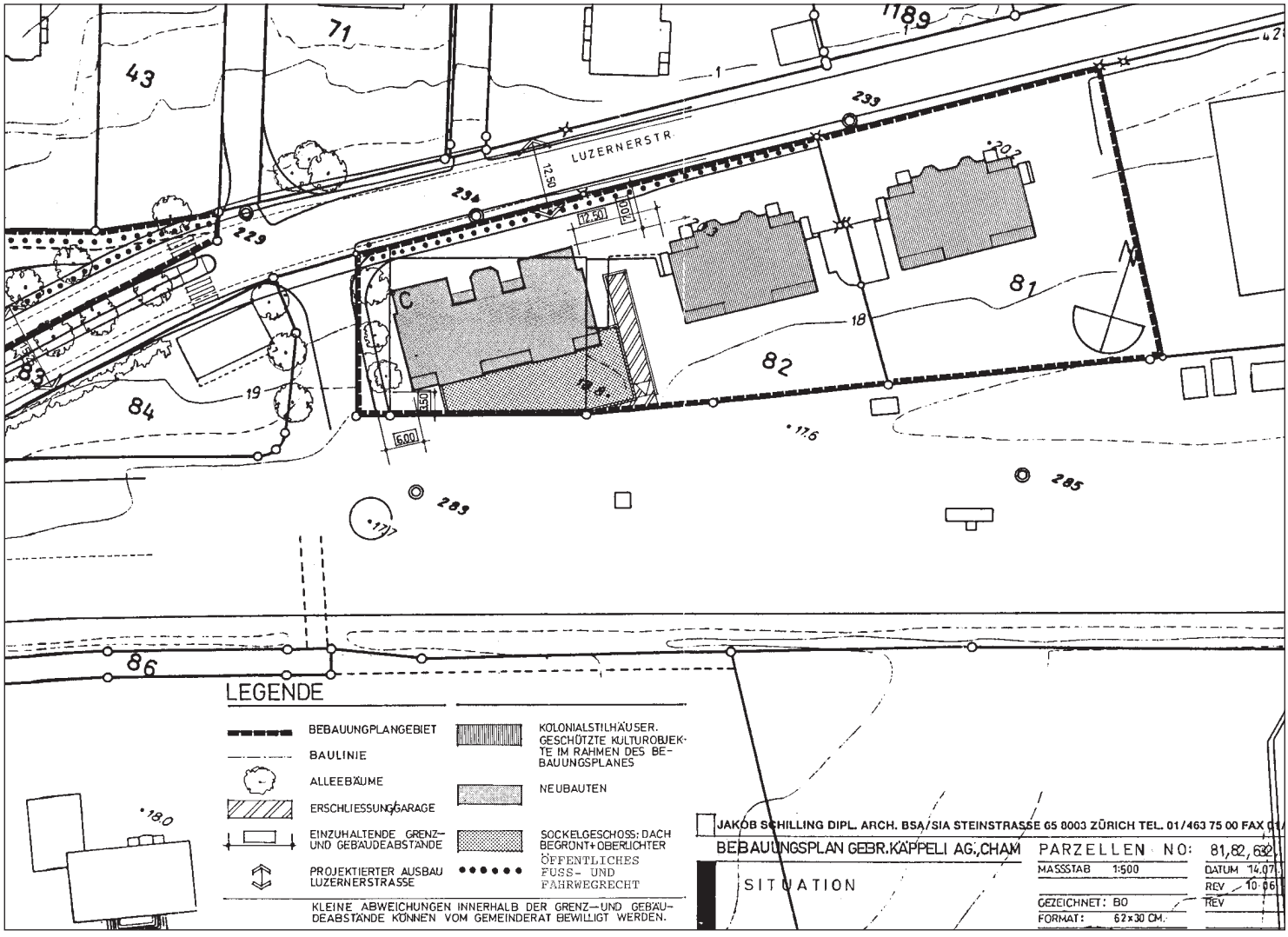
Sämtliche Einwendungen, inkl. den beiden zurückgezogenen, beziehen sich primär auf das konzeptionelle Verhalten (Mehrhöhe). Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass die Vorlage Vorteile gegenüber dem bestehenden Bebauungsplan ergibt. Deshalb empfiehlt der Gemeinderat auf die Einwendungen nicht einzutreten und der Bebauungsplanänderung Rigipark zuzustimmen.

ANTRÄGE:

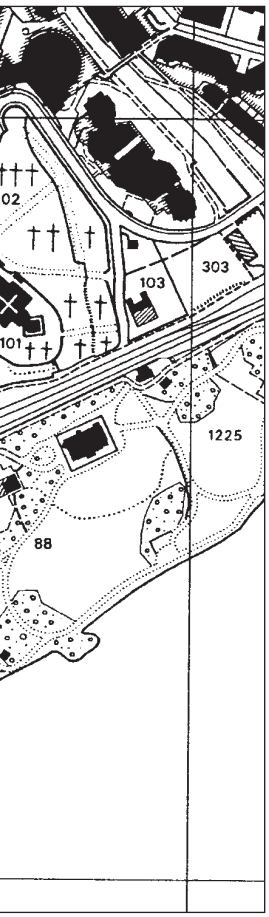
1. **Die Einwendungen von Fritz Burkard und Beatrix Degrandi sowie die Stellungnahmen des Gemeinderates werden zur Kenntnis genommen und die Einwendungen im Sinne der gemeinderätlichen Stellungnahmen abgelehnt.**
2. **Der Bebauungsplanänderung Rigipark, Grundstücke 81, 82, 2938, 2939 und 2940 wird zugestimmt.**



Bebauungsplan Rigipark, 1994,
Situationsplan 1:1000



Beilagen zu Traktandum 6



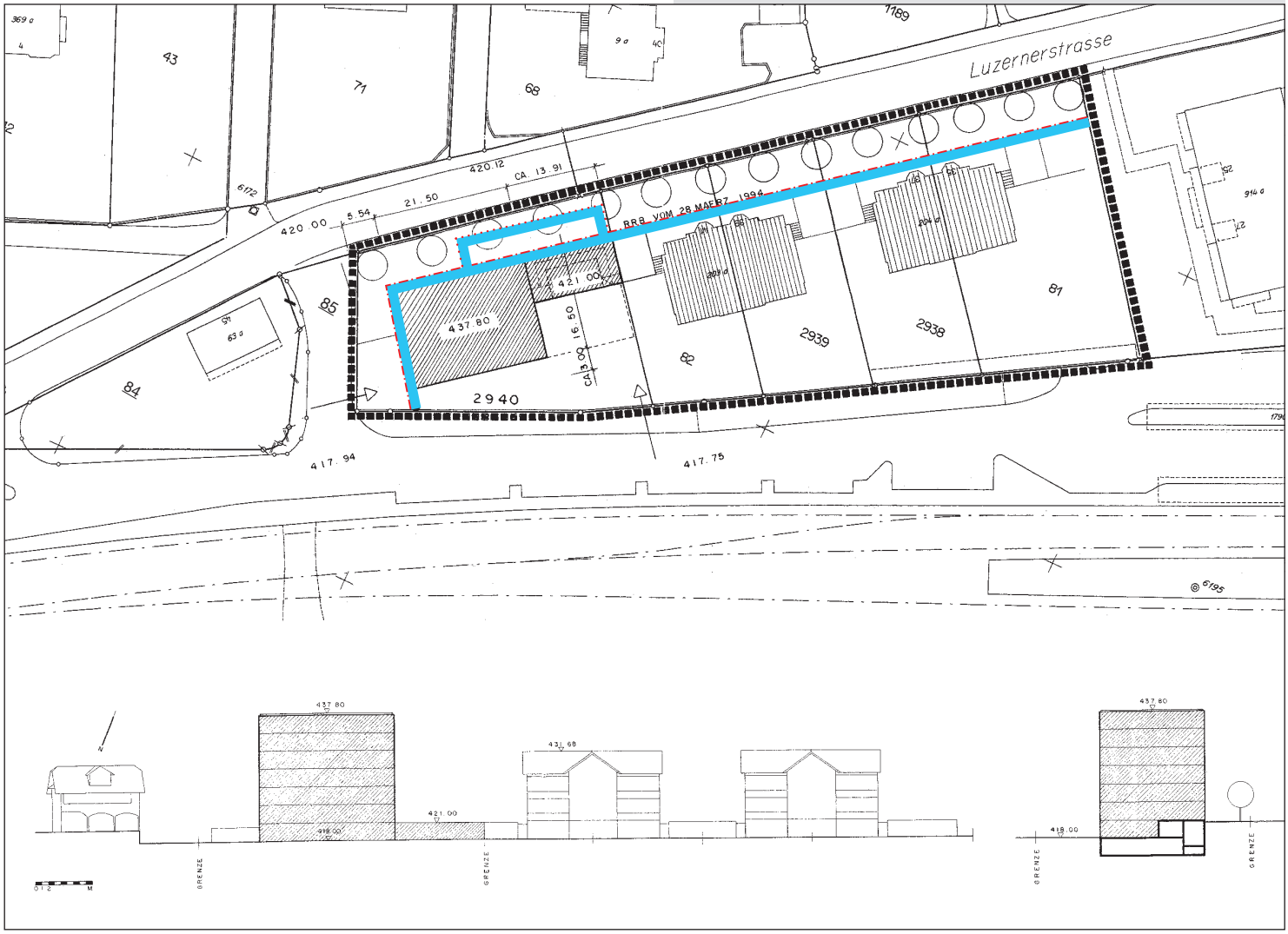
Bebauungsplangebiet,
Übersicht 1:5000

Legende Bebauungsplanänderung

ZIEL	SEHR HOHE QUALITÄT IN BEZUG AUF DIE ARCHITEKTONISCHE GESTALTUNG UND DIE MATERIALISIERUNG
	BEBAUUNGSPLANGEBIET
	BESTEHENDE BAULINIE / BESTEHENDE UNTERNIVEAUBAULINIE
AZ	MAX.ANRECHENBARE GESCHOSSFLÄCHE 1'930 M2 (GS-NR.2940)
437.80	BEREICH FÜR NEUBAUTEN, MIT MAX.DACHKOTEN
	BESTEHENDE KOLONIALSTILHÄUSER MIT PARKIERUNG
	ZUFAHRT ZUM GRUNDSTÜCK GS-NR.2940
	RAMPE ZUR UNTERIRDISCHEN PARKIERUNG
PARKPLÄTZE	ES GILT DAS PARKPLATZREGLEMENT
	ALLEEBAEUME

SOWEIT DIESER BEBAUUNGSPLAN KEINE ABWEICHENDEN BESTIMMUMGEN ENTHÄLT,
GILT DIE JEWEILIGE BAUORDNUNG. DER GEMEINDERAT KANN KLEINE ABWEICHUNGEN BEWILLIGEN.

Bebauungsplanänderung Rigipark,
Situationsplan 1:1000, mit Legende



Traktandum 7 Konzept und Rahmenkredit für die Siedlungsentwässerung der Gemeinde Cham

1. Ausgangslage

Gemäss dem kantonalen Gesetz über die Gewässer vom 25. November 1999 (GewG; BGS 731.1) und dem am 27.09.2002 von der Baudirektion genehmigten und am 01.01.2003 in Kraft tretenden Abwasserreglement der Gemeinde Cham sorgt die Gemeinde für den Bau, den Betrieb, den Unterhalt und die Erneuerung des im generellen Entwässerungsplan bezeichneten gemeindlichen Abwassernetzes. Der Gemeinde obliegt auch die Aufsicht über den Bau, den Betrieb und den Unterhalt der privaten Grundstücksentwässerungen.
Aufgrund der zunehmenden Aufgaben der Gemeinde im Bereich Siedlungsentwässerung sowie der Absicht der Baukommission und des Gemeinderates, die Beschaffung externer Leistungen und Lieferungen zu vereinfachen, wird mit dem vorliegenden Traktandum das vorgesehene Konzept aufgezeigt und ein Rahmenkredit zur Beschlussfassung unterbreitet.

2. Konzept

Die gemeindlichen Aufgaben im Bereich der Siedlungsentwässerung werden durch das Tiefbau- und Verkehrsamt wahrgenommen. Dieses leitet, plant und organisiert nach den gesetzlichen Vorgaben und den Beschlüssen des Gemeinderates den Bau, den Betrieb, den Unterhalt und die Erneuerung des gemeindlichen Abwassernetzes. Auch die entwässerungsspezifische Bearbeitung von Baugesuchen und die Oberaufsicht über private Grundstücksentwässerungen erfolgt durch das Tiefbau- und Verkehrsamt. Unterstützt wird das Tiefbau- und Verkehrsamt, welches gemäss Antrag für das Budget 2003 mit einem 40 %-Pensum verstärkt werden soll, durch den gemeindlichen Werkhof.
Die Projektierung und Bauleitung von Bauvorhaben wurden bisher für jedes einzelne Projekt separat submittiert. Gleichzeitig bestand auch ein separater Ingenieurauftrag für die Nachführung des Kanalisationskatasters. Auf Antrag der Baukommission beabsichtigt der Gemeinderat nun, sämtliche planerischen Aufgaben im Bereich der Siedlungsentwässerung, die extern wahrgenommen werden können, mittels einem Ingenieur-Rahmenauftrag einer einzigen Stelle zu erteilen. Die Submission dieses Auftrages mit den Teilleistungen Aufarbeitung und Nachführung Kanalisationskataster / Geografisches Informationssystem, Projektbearbeitungen sowie Beratungs- und Unterstützungsleistungen ist bereits im Gang. Der Gemeinderat beabsichtigt, diesen Auftrag noch in diesem Jahr zu erteilen. Weitere externe Aufträge für Bauarbeiten, Kanalspülungen, Kanalfernsehaufnahmen, Dichtigkeitsprüfungen etc. werden weiterhin nach der geltenden Submissionsgesetzgebung separat submittiert und erteilt.

Der Gemeinderat ist davon überzeugt, dass die gemeindlichen Aufgaben im Bereich der Siedlungsentwässerung nach dem oben erwähnten Konzept effizient und kostengünstig erfüllt werden können.

3. Umsetzung des Generellen Entwässerungsplanes

Im generellen Entwässerungsplan (GEP) der Gemeinde Cham, vom Regierungsrat am 03.07.2000 beschlossen, sind verschiedene Massnahmen für die Siedlungsentwässerung festgelegt. Es handelt sich dabei um neu zu erstellende Bauten und Anlagen, um Sanierungen, Erneuerungen oder Ausbauten bestehender Anlagen sowie um Massnahmen an offenen Gewässern. Die Realisierung dieser Massnahmen richtet sich nach dem Sanierungs- und Investitionsplan des generellen Entwässerungsplanes (GEP) sowie nach der fortlaufenden Siedlungsentwicklung und erfordert in den nächsten Jahren diverse Investitionen. Bisher wurden der Einwohnergemeindeversammlung jeweils für jede geplante Massnahme separate Kredite zur Beschlussfassung unterbreitet. Gestützt auf den Artikel 3 des ab 01.01.2003 in Kraft tretenden neuen Abwasserreglements soll der Gemeinderat nun erstmals einen Rahmenkredit für die Realisierung der verschiedenen, in den nächsten Jahren anstehenden Massnahmen erhalten. Die innerhalb dieses Rahmenkredites vorgesehenen Massnahmen sind im Kapitel 4, Sanierungsplan ersichtlich.

4. Sanierungsplan

Gemäss Sanierungs- und Investitionsplan des GEP sind in den nächsten Jahren zur Umsetzung des generellen Entwässerungsplanes (GEP) folgende Investitionen zu tätigen:

Massnahmen im Jahr 2003
- Kanalsanierungen
- Erschliessung Rütiweid Kanalzone N
- Entlastungsleitung Kanalzone S
- Sanierung Aussengebiete

Massnahmen im Jahr 2004
- Kanalsanierungen
- Sanierung Aussengebiete
- Erschliessung Lorzenweid Kanalzone O
- Trennsystem Kanalzone D3

Massnahmen im Jahr 2005
- Sanierung Aussengebiete
- Erschliessung Obermühleweid Kanalzone E
- Erschliessung Lorzenweid Kanalzone O
- Trennsystem Kanalzone N
- Bachrenaturierungen

Massnahmen im Jahr 2006
- Sanierung Aussengebiete
- Erschliessung Lorzenhof
- Erschliessung Rumentikon
- Trennsystem Kanalzone J

5. Rahmenkredit

Aufgrund von Richtpreisen und Schätzungen ist für die im Kapitel 4, Sanierungsprogramm aufgeführten Massnahmen mit Kosten von CHF 2,2 bis 2,5 Mio. zu rechnen. Gestützt auf Artikel 3 des ab 01.01. 2003 in Kraft tretenden neuen Abwasserreglements wird der Einwohnergemeindeversammlung für die Projektierung und Realisierung der vorgenannten Massnahmen ein Rahmenkredit in der Höhe von CHF 2'500'000.– zur Beschlussfassung unterbreitet. Bei einem jährlichen Aufwand gemäss Investitionsplan von CHF 400'000.– reicht der Rahmenkredit für ca. 6 Jahre.
Gestützt auf das Gesetz über die Gewässer vom 25. November 1999 und das am 01.01.2003 in Kraft tretende neue Abwasserreglement sind sämtliche Aufwändungen für die Siedlungsentwässerung kostendeckend und verursacherorientiert zu finanzieren. Die Investitionen werden insbesondere durch die Erhebung von Kanalisations-Anschlussgebühren gedeckt.

Der Gemeinderat und die Baukommission befürworten den Rahmenkredit für die Umsetzung des generellen Entwässerungsplanes.

ANTRÄGE

1. **Vom Konzept für die Siedlungsentwässerung für die Gemeinde Cham wird zustimmend Kenntnis genommen.**
2. **Für die Umsetzung des generellen Entwässerungsplanes wird zu Lasten der Investitionsrechung ein Rahmenkredit von CHF 2'500'000.– (inkl. MWSt) bewilligt.**

Traktandum 8 Motion von Lucia Furrer und Mitunterzeichneten betreffend einer «Ludothek für Cham»

1. Motion

Mit Datum vom 2. April 2001 haben Lucia Furrer und Mitunterzeichnete eine Motion mit folgendem Wortlaut eingereicht:

Antrag: Der Gemeinderat wird beauftragt, die Planung für eine Chamer Ludothek an die Hand zu nehmen und der Gemeindeversammlung eine Vorlage zu unterbreiten. Mit Vorteil soll die Ludothek wie in anderen Zuger Gemeinden als Aussenstelle der attraktiven Gemeindebibliothek betrieben werden.

Begründung: Cham wächst und wächst. Immer mehr Familien mit Kleinkindern wohnen in unserer Gemeinde, deren Familienfreundlichkeit und Standortqualität sehr geschätzt wird. Was aber leider noch immer fehlt, ist eine Ludothek, in der Kinderspielzeuge u. ä. ausgeliehen werden können.

2. Erheblicherklärung

Der Gemeinderat stand der Motion grundsätzlich positiv gegenüber. An der Gemeindeversammlung vom 25. Juni 2001 wurde die Motion auf Antrag des Gemeinderates erheblich erklärt. Daraufhin wurde folgendes Vorgehen beschlossen:

1. Es soll eine Arbeitsgruppe gebildet werden mit dem Ziel, den Standort, die Strategie, die Betriebsorganisation, die Grundinvestition sowie Nutzung, Trägerschaft, Personalwesen und Betriebskosten zur regeln und die Beurteilung für den zukünftigen Betrieb zu erarbeiten.
2. Die Vorlage soll im Jahr 2002 der Gemeindeversammlung vorgelegt werden.

3. Vorbereitungsarbeiten

Am 10. September 2001 hat der Gemeinderat eine «Projektgruppe Ludothek Cham» eingesetzt. Diese hat zwischen September 2001 und Juni 2002 an neun Sitzungen folgende Themen erarbeitet: Strategie, Trägerschaft, Personalwesen, Grundinvestition, jährlich wiederkehrende Kosten, Standort, Betriebsorganisation.
Die Vorarbeiten wurden in Zusammenarbeit mit dem «Verein der Schweizer Ludotheken» sowie den Betreiberinnen und Betreibern der Ludotheken im Kanton Zug durchgeführt. Die Arbeiten konnten mit Ausnahme der Standortfrage abgeschlossen werden. Am 12. Mai 2002 wurde in Cham der «Verein Ludothek Cham» gegründet. Zwei Personen haben die Ausbildung zur Ludothekarin erfolgreich abgeschlossen.
Die «Projektgruppe Ludothek Cham» hat per 7. Juni 2002 ihren Bericht an den Gemeinderat abgeliefert. Darin wurde ausführlich über die genannten Vorarbeiten orientiert (inkl. den zu erwartenden Einnahmen und den Zeitplan). Nach dem Abschluss dieser Vorarbeiten könnte mit der Realisierung einer Ludothek Cham begonnen werden.

Erstinvestitionen (ohne Mietzins):

• 1 Stelle für die Aufarbeitung der Spiele (inkl. Sozialleistungen)	CHF 35’000.–
• Erstanschaffungen Spiele	CHF 50’000.–
• Mobiliar	CHF 30’000.–
• Aufarbeitungsmaterial	CHF 10’000.–
• Informatik	CHF 18’000.–
• Versicherungen	CHF 3’000.–
• Allfällige Umbaukosten (nach Standortentscheid)	nicht eingerechnet
Total	CHF 146’000.–

Jährlich wiederkehrende Kosten:

• 1 Stelle, verteilt auf mehrere Personen (inkl. Sozialleistungen)	CHF 100’000.–
• Anschaffungen Spiele	CHF 10’000.–
• Aufarbeitungsmaterial	CHF 2’000.–
• EDV-Support	CHF 1’000.–
• Versicherungen	CHF 3’000.–
• Mietkosten	CHF 35’000.–
• Verwaltung und Weiterbildung	CHF 4’000.–
Total	CHF 155’000.–

Einnahmen:
Durch die Vermietung der Spielsachen sind jährliche Ausleihgebühren in der Höhe von rund CHF 10’000.– zu erwarten.

Nettokosten:
Die jährlichen Nettokosten beliefen sich somit auf rund CHF 145’000.–.

Lokalität:
Sofern die Ludothek nicht in einer gemeindeeigenen Liegenschaft untergebracht werden kann, sind Mietzinsaufwendungen in der Höhe von mindestens CHF 35’000.- pro Jahr zu erwarten (inkl. Raumunterhaltskosten). Offerten liegen vor.

4. Stellungnahme des Gemeinderates

Der Gemeinderat Cham steht der Idee und dem vorgeschlagenen Konzept für eine Ludothek positiv gegenüber. Eine Ludothek ergänzt auf sinnvolle Art die Angebote speziell für Familien mit Kindern und Jugendlichen. Cham hat sich seit jeher mit einer gut ausgebauten Bibliothek, mit Schulhausbibliotheken und zusätzlichen Unterstützungsangeboten für die Bedürfnisse von Familien eingesetzt.
Zum heutigen Zeitpunkt eine Ludothek aufzubauen erachtet der Gemeinderat jedoch als nicht richtig. Der finanzielle Spielraum lässt die oben aufgeführten Anfangsinvestitionen und die daraus jährlich wiederkehrenden Kosten von netto ca. CHF 145'000.– nicht zu.

Die Gemeinde Cham sieht sich weiteren Anliegen im Sozialbereich gegenüber gestellt, die nach Ansicht des Gemeinderates höhere Priorität erhalten sollen. Insbesondere die seit langem ausgewiesenen Bedürfnisse für Familien ergänzende Betreuung (z.B. der Mittagstisch) und ein erweitertes Angebot im Chinderhus stehen an erster Stelle.

5. ANTRAG

Die Einrichtung und der Betrieb einer Ludothek in Cham werden auf Grund der Ausführungen des Gemeinderates abgelehnt und die Motion als erledigt abgeschrieben.

Traktandum 9 Motion der CVP Cham betreffend der Weiternutzung der alten Werkhofscheune

1. Motion

Die vorliegende Motion wurde an der Gemeindeversammlung vom 02. April 2001 mit folgendem Inhalt erheblich erklärt:

– *Die Gesamtgestaltungs- und Umgebungsplanung Rigiplatz (inkl. Erschliessung) ist zu überprüfen.*
– *Es soll eine Arbeitsgruppe gebildet werden mit dem Ziel, die Nutzung – Trägerschaft – Betriebskosten zu regeln, sowie die Beurteilung für variable Nutzungen zu erarbeiten.*
– *Zusammen mit der Kreditvorlage zur Rigiplatzgestaltung wird ein Bericht und Antrag unterbreitet.*

2. Bericht

Am 03. September 2001 bestimmte der Gemeinderat eine Projektgruppe. Es wurde weiter festgelegt, dass ein Abbruch der Scheune nicht in Betracht gezogen wird. Die Nutzung der Parzelle (einzige Zone Oel B [öffentliches Interesse für Bauten und Anlagen] im Kirchbühl) soll auch für die nächste Zonenplanrevision noch frei sein. Das Ziel sollte sein, eine mittelfristige Lösung bis 2020 zu finden. Die Gruppe beschloss, mit einer Umfrage bei allen Chamer Vereinen das Interesse und den Bedarf zu klären. Neun Vereine meldeten ihr Interesse an einer Nutzung an. Es wurden sehr unterschiedliche Vorschläge gemacht, von der Nutzung als Lagerraum bis hin zum ausgearbeiteten Konzeptvorschlag einer Mehrfachnutzung. Die Projektgruppe beantragte dem Gemeinderat verschiedene Vorgehensvarianten. Dieser entschied sich für die Weiterverfolgung einer Mehrfachnutzung mit einer privaten Trägerschaft und ohne Kostenfolge für die Gemeinde.

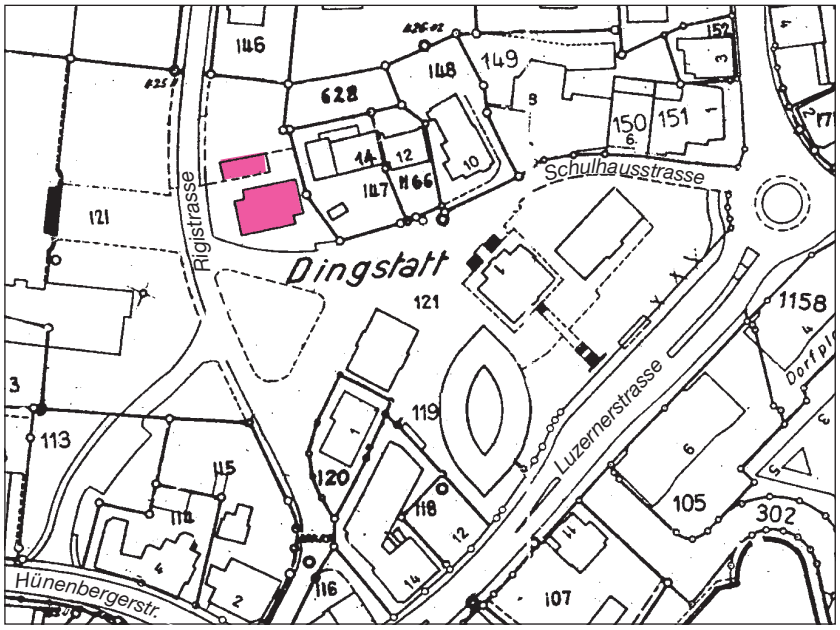
Basierend auf diesem Entscheid erarbeitete die Projektgruppe ein Konzept für das weitere Vorgehen und legte die dafür notwendigen Rahmenbedingungen fest. Bei einer erneuten Prüfung durch den Gemeinderat entstanden Zweifel an einer positiven Realisierung, da für die Gemeinde in den nächsten Jahren keine Kostenbeteiligung möglich ist.

3. Entscheid

Im Zusammenhang mit dem neuen Investitionsplan 2002–2010 wurde durch den Gemeinderat festgelegt, dass für die Neugestaltung des Rigiplatzes im Moment keine Notwendigkeit besteht. Da das Thema Werkhofscheune in engem Zusammenhang mit dem Ausbau des Platzes steht, wird auch auf die Weiterverfolgung dieses Projektes verzichtet. Ausserdem hat die Umfrage aufgezeigt, dass nur ein bescheidenes Interesse besteht und der Zustand des Gebäudes nur mit grossen Investitionen verbessert werden kann.
Die CVP Cham schliesst sich dem Entscheid des Gemeinderates an, dass für die Werkhofscheune erst bei einem möglichen Ausbau des Rigiplatzes eine nützliche Lösung gesucht werden soll.

ANTRAG

Die Motion der CVP Cham wird auf Grund der Ausführungen des Gemeinderates abgeschrieben.



Traktandum 10 Motion von Cham Tourismus zur umgehenden Renovation oder evtl. Umbau von WC und Küchen-Anlage im Hirsgarten

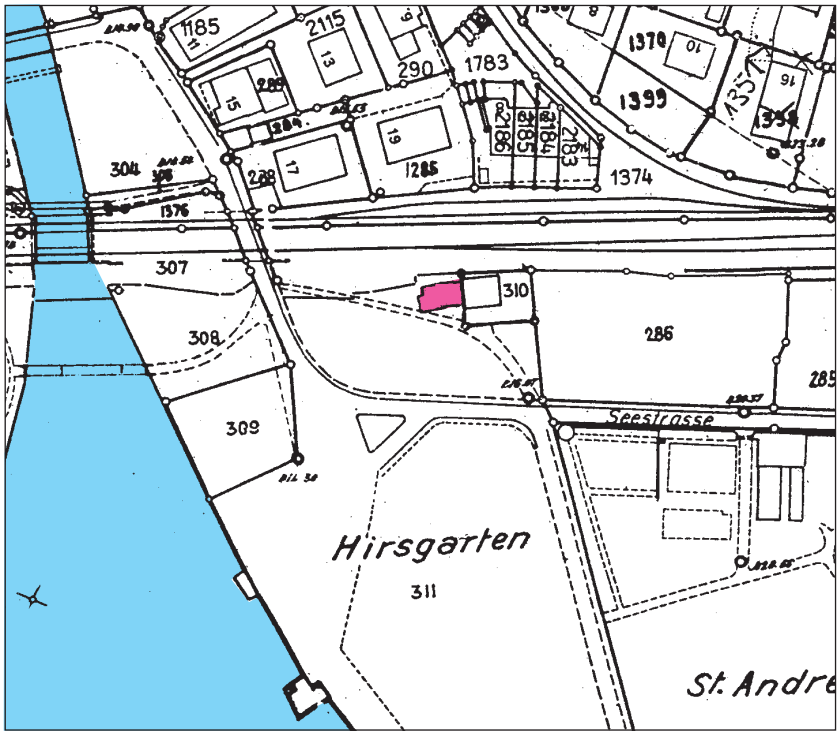
1. Motion

Cham Tourismus hat am 02. September 2002 obige Motion mit folgendem Wortlaut eingereicht:

Die WC-Anlagen, die Küche und der Vorplatz zur Küche, inkl. Vordach sind rasch möglichst zu sanieren, ev. neu zu bauen. Die Planung für eine neue Lösung ist im Jahre 2003 an die Hand zu nehmen. Der Baubeginn soll im Herbst 2003 erfolgen, so dass die Anlage ab Frühjahr 2004 zur Verfügung steht. Die im Finanzplan für 2005 vorgesehenen Mittel sind bereits 2003/2004 frei zu geben, so dass die Sanierung unverzüglich erfolgen kann.

2. Einleitung

Das im Jahre 1952 erstellte Gebäude in der Parkanlage Hirsgarten dient als allgemeine WC-Anlage und Festküche für öffentliche und private Anlässe. Besonders während der Sommermonate ist die Anlage stark ausgelastet. Die Küche und die Lagerräume werden den interessierten Personen/ Vereinen pro Anlass vermietet, die WC's sind ganzjährig frei zugänglich.
Im Jahre 2001 erteilte der Gemeinderat den Auftrag, Variantenstudien für eine Sanierung zu erstellen. Die erarbeiteten Varianten wurden durch die Baukommission geprüft und eine Sanierung im vorliegenden Umfang dem Gemeinderat beantragt. Aus finanzpolitischen Überlegungen musste die Realisierung aber auf spätere Jahre verschoben werden. Der heute vorliegende Investitionsplan zeigt nun jedoch auf, dass 2003 eine mögliche Lücke für die Ausführung dieser Arbeiten besteht.



3. Bedarf

Der hohe Nutzungsgrad und die ganzjährige Öffnung beanspruchen das Objekt stark. Die Anlagen sind in der Zwischenzeit stark abgenutzt und entsprechen den heutigen Anforderungen in hygienischer und technischer Sicht nicht mehr.

4. Projekt

Das Gebäude ist ein ansprechender Zeuge seiner Zeitepoche und daher erhaltenswert. Es ist vorgesehen die Aussenhülle sanft zu renovieren. Eine Vordachkonstruktion ist im vorliegenden Projekt nicht eingerechnet. Im Innern des Gebäudes ist eine Sanierung der WC-Anlagen und der Festküche vorgesehen. Im Aussenbereich wird ein Standplatz für WC-Wagen bei Grossanlässen erstellt.

5. Termine

Es ist geplant die Arbeiten im Verlaufe des Winters/Frühlings 2002/2003 auszuführen.

6. Erforderlicher Rahmenkredit

Basierend auf Richtofferten wurde ein Kostenvoranschlag erstellt. Auf Grund dieser Erhebungen und um über den nötigen Spielraum bei der Sanierung zu verfügen, wird ein Rahmenkredit in der Höhe von CHF 340'000.- (inkl. 7,6 % MWSt, Kostenbasis September 2001) beantragt.

7. Finanzierung

Die Verrechnung erfolgt zu Lasten der Investitionsrechnung. Im Investitionsplan 2002 – 2010 sind für diese Sanierung CHF 340'000.– eingeplant.

ANTRÄGE

1. **Für die Sanierung der WC- und Küchen-Anlage Hirsgarten wird zu Lasten der Investitionsrechnung ein Rahmenkredit von CHF 340'000.– (inkl. MWSt, exkl. Teuerung) bewilligt.**
2. **Die Motion wird im Sinne der Ausführungen erheblich erklärt und bei Zustimmung zum Rahmenkredit gleichzeitig abgeschrieben.**

Cham, 12. November 2002

GEMEINDERAT CHAM

Der Gemeindepräsident:
Heinz Wyss

Der Gemeineschreiber:
Roland Britt

ZVB, SBB, ZBB, PAG

TARIFVERBUND ZUG

Lassen Sie sich chauffieren

Fahrplanwechsel 15. Dezember

Gute Neuigkeiten für die Gemeinde

Cham

Bus News

Linie 4

NACHTBUS am Weekend: Freitag u. Samstag, nachts um 00.42 Uhr ab Metalli West bis Cham Gemeindehaus.

Linie 6

NACHTBUS am Weekend: Freitag u. Samstag, nachts um 00.39 Uhr ab Postplatz bis Cham Bahnhof.

Linie 42 / 51

Sonntags Kurse bis 23.00 Uhr in Kombination der Linien 42 und 51.

Linie 51: Sonntags im 1/2-Stundentakt bis 20.00 Uhr.

NACHTBUS am Weekend: Freitag u. Samstag, nachts um 00.43 Uhr ab Cham Bahnhof.

Zuger Nachtexpress

Freitag u. Samstag, nachts um 02.05 Uhr ab Zug Bhf. / Dammweg.

Bahn News

Zürich - Zug - Luzern

Der 1/2-Stundentakt der InterRegio-Züge besteht neu bereits ab 05.30 und bis 24.00 Uhr.

Ab Zug besteht um 00.06 Uhr ein neuer Anschluss nach Luzern mit Halt auf allen Stationen.

Nightbird (Fr/Sa)

Hält in Cham Bhf. zum Aussteigen.

Die Kurse mit Abfahrt um 01.20 Uhr in Luzern u. Zürich bieten Anschluss auf den Zuger Nachtexpress.

mehr News

Detaillierte Informationen zum öffentlichen Verkehr der Region Zug finden Sie in der aktuellen Ausgabe des Taschenfahrplans. Ab 26. November in Ihrem Briefkasten.

Infotelefon ZVB: 728 58 00 / Railservice SBB: 0900 300 300
www.zvb.ch und www.sbb.ch 24 Stunden für Sie da!

PARTNERSTÄDTE

Cham / Schweiz

HILFT

Cham / Bayern

Unwetter-Sammelaktion «Cham hilft Cham/Bayern»

Sicherlich erinnern Sie sich noch an die aufwühlenden Bilder der Hochwasser in Deutschland. Auch unsere Partnerstadt Cham/Bayern wurde davon betroffen. Die Geschäftsleitung der Gemeindeverwaltung hat eine entsprechende Sammelaktion ins Leben gerufen, an der sich bis heute zahlreiche Chamer Einwohnerinnen und Einwohner beteiligt haben. Leider entsprechen die bis heute eingegangenen Summen noch nicht einem Betrag, mit dem wir auch wirklich im partnerschaftlichen Sinne helfen können. Aus diesem Grund erlauben wir uns, nochmals an Sie zu gelangen.

Wir laden Sie ein, zur Unterstützung der Bewohnerinnen und Bewohner unserer Partnerstadt, die von dieser Flutkatastrophe heimgesucht wurden, einen kleineren oder grösseren Betrag beizutragen. Auch der Gemeinderat hat einen namhaften Beitrag gesprochen, so dass wir dann dieses Geschenk an die ganze Stadt kurz vor Weihnachten überreichen können.

Es würde uns freuen, wenn Sie sich dazu entschliessen können, diese Aktion zu unterstützen. Sie haben dazu folgende Möglichkeiten:

Nach der Gemeindeversammlung werden am Ausgang des Lorzensaals Kollektenbehälter stehen, in die Sie Ihren Beitrag direkt einwerfen können. Oder Sie können eine Überweisung auf eines der folgenden Bankkonten vornehmen:

- UBS Cham, Konto 273-452100.01 M
- Zuger Kantonalbank Cham, Konto 77-007.180-05
- Raiffeisenbank Cham, Konto 904148.96

Wir danken Ihnen herzlich für Ihre Unterstützung und Ihre Spende zum Wohle unserer Partnerstadt und wünschen Ihnen eine besinnliche Adventszeit und frohe Festtage.

DER GEMEINDERAT

Heller-Druck Cham